

**Die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW),
die Hannes-Androsch-Stiftung bei der ÖAW und
das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung laden in
Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zu folgender Veranstaltung ein:**

Wohlstand und Wohlfahrt ohne Arbeit?

**Pressekonferenz mit Buchpräsentation Bernd Marin „Welfare in an Idle
Society? Reinventing Retirement, Work, Wealth, Health and Welfare Ashgate
Publishing.2013“**

Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW),
Clubraum, Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, 1010 Wien
Dienstag 25.06.2013, 10:00 Uhr

Pressekonferenz mit Buchpräsentation. Transkript:

Prof. Dr. Helmut Denk, Präsident der ÖAW	1
Dr. Hannes Androsch, Hannes-Androsch-Stiftung bei der ÖAW	2
Prof. Dr. Bert Rürup, Präsident Handelsblatt Research Institute/HRI, Düsseldorf, und Kuratoriumsvorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung/DIW, Berlin.....	5
Prof. Dr. Bernd Marin, Executive Director European Centre, Vienna und Autor „Welfare in an Idle Society?“	8
Diskussion	14

Wohlstand und Wohlfahrt ohne ausreichende Erwerbsarbeit – Einige Stichworte zu Bernd Marin <i>Welfare in an Idle Society?</i>	22
--	-----------

Prof. Dr. Helmut Denk, Präsident der ÖAW

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie im Namen der Österreichischen Akademie hier in diesem Sitzungssaal sehr herzlich begrüßen und ich möchte Ihnen für Ihr Erscheinen danken. Es geht heute um ein sehr wichtiges Werk von Prof. Bernd Marin, „Welfare in an Idle Society?“ – das ist eine Frage. Und dieses Werk wurde von der Hannes-Androsch-Stiftung maßgeblich unterstützt.

Lassen Sie mich einige kurze Worte über die Stiftung sagen – oder vielleicht möchte ich zuerst noch kurz eingehen, wer vor Ihnen hier sitzt. Ich glaube, Dr. Androsch brauche ich Ihnen nicht extra vorstellen. Prof. Rürup aus Düsseldorf wird auch hier Stellung nehmen und die Hauptperson ist Prof. Bernd Marin. Und ich bin sozusagen noch eine Woche lang Hausherr in diesem Haus, denn wir werden dann von einem neu gewählten Präsidium abgelöst.

Was ist die Hannes-Androsch-Stiftung? Diese Stiftung wurde von Dr. Hannes Androsch im Jahr 2004 an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften eingerichtet. Und ich möchte hier betonen: Es ist die bedeutendste von privater Hand getragene gemeinnützige Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Forschung in Österreich seit 1945. Ich möchte vielleicht sagen, dass die Mäzene insbesondere seit 1945 hier sehr rar geworden sind, es ist selten. Und ich möchte hier Dr. Androsch für seine Vorbildfunktion besonders herzlich danken.

Nun, der Zweck dieser Stiftung ist es, wissenschaftliche Arbeiten zu den Themenschwerpunkten Arbeit und Festigung des sozialen Ausgleichs und des Friedens zu fördern. Und das heutige Thema ist für unsere Akademie – aber nicht nur für die Akademie, sondern für die gesamte Gesellschaft – von besonders hoher Relevanz und trifft auch wirklich die Mission unserer Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die ja wichtige Aufgaben erfüllt, nämlich auf der einen Seite anwendungsorientierte Grundlagenforschung in ihren Forschungseinheiten. Die Forschungseinheit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist die größte außeruniversitäre Institution, die sich der Grundlagenforschung widmet. Und andererseits ist es eine ganz wichtige Aufgabe unserer Akademie, eine Mittlerrolle zu spielen zwischen der Wissenschaft und Gesellschaft. Und ich möchte hier sagen, dass es in diesem Sinn und in diesem Zusammenhang kaum ein Thema gibt, das uns mehr berührt und zum Nachdenken anregt, als das von Bernd Marin gewählte Thema, das heute vorgestellt wird. Ich möchte Prof. Marin herzlich gratulieren, ich möchte Hannes Androsch für sein stetes, tatkräftiges Engagement für Bildung, Wissenschaft und Forschung danken und ich möchte auch Prof. Rürup sehr herzlich danken, dass er zu uns gekommen ist und auch dieses Werk kommentieren wird.

Dr. Hannes Androsch, Hannes-Androsch-Stiftung bei der ÖAW

Herr Präsident, zunächst herzlichen Dank für die Gastfreundschaft heute für diesen Anlass. Und es ist eine besondere Freude, Herr Professor, dass Sie die Zeit und die Mühe nicht gescheut haben, zu uns zu stoßen. Erinnerung – Herr Prof. Rürup hat über Einladung der damaligen Sozialministerin Hostasch vor etwa 20 Jahren zu dem Thema schon ein Gutachten gemacht, das natürlich – wie alle vorangegangenen und nachfolgenden Versuche – ignoriert wurde. Genau das ist der Grund, warum wir hier zusammenkommen, und genau das ist der Grund, warum Prof. Marin diesen Optimismus verfasst hat und warum der erste Preis der Stiftung an Herrn Dr. Knell – vor zwei Jahren, glaube ich – gegangen ist.

Meine Damen und Herren, auch Ihnen herzlichen Dank fürs Kommen. Der Wohlfahrtsstaat ist fraglos eine der größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts als eine Säule, um im Sinne der Vier-Freiheiten-Rede des Präsidenten Roosevelt Freiheit vor Not und Angst zu schaffen. Ein wesentlicher Teil dieser Errungenschaft betrifft die gesicherte Altersversorgung – also Pensionen, wie es bei uns heißt, und

Renten, wie man in Deutschland sagt. Das ist auch so ein Beispiel, wie die gemeinsame Sprache trennen kann, aber das ist eine andere Sache.

Wenn er so wichtig ist, dann ist doch einleuchtend, dass der Wohlfahrtsstaat – insbesondere was die Altersversorgung anlangt – nicht durch Überdehnung überfordert werden darf und seine Finanzierbarkeit gefährdet wird. Es gibt verschiedene Formen, das zu tun. Es gibt Länder tendenziell mit Kapitaldeckungsverfahren – in den letzten Jahren nicht gerade das attraktivste Modell. Bei uns gibt's das Umlageverfahren, zumindest auf dem Papier, weil das ja angesichts der so großen und immer größer werdenden Zuschüsse aus dem Budget nur mehr teilweise stimmt und bestenfalls noch als Mischsystem qualifiziert werden kann.

Nun, wenn immer mehr Mittel zugeschossen werden, gibt's zu anderen Gebieten einen Zusammenhang. Also nach fünf Quartalen Stagnation, das zurückliegende noch nicht eingeschlossen, was eher schlechter als gleich sein wird, und das laufende auch nicht anders sein wird, hat man völlig überrascht und überraschend entdeckt, dass wir ein Konjunkturproblem haben, obwohl schon längst die Arbeitslosenzahlen gestiegen sind, die bei uns sehr viel niedriger sind. Dafür sind aber die Frühpensionisten mit 650.000 doch international sehr hoch. Im Vergleich dazu: Vor 30, 40 Jahren haben wir 60.000 Frühpensionisten gehabt. Also irgendwo hängt das zusammen, aber darauf will ich nicht näher eingehen.

Wenn ein Großteil der Pensionen aus dem Budget finanziert werden müssen durch Zuschüsse, weil sie durch die Umlage nicht gedeckt sind – das gilt auch für die öffentlichen Pensionen – dann sind diese mit ein Grund für die jahrelangen, auch bei guter Konjunktur Defizite, was man strukturelle Defizite nennt. Was die Schweiz vor zehn Jahren mit ihrer Schuldenbremse aus der Welt geschafft hat und sich einen ganz anderen Spielraum geschaffen hat. Damit sind aber die Defizite mit eine Ursache auch für die Schiefelage der öffentlichen Finanzen, also der hohen Staatsverschuldung vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, wobei die Bankenrettung bislang in der Schuldenquote noch gar nicht enthalten ist. Was etwa eine sinnvolle Regelung bei der Alpen Adria so erschwert, weil das Finanzministerium und ihre Chefin die Angst haben, dass dann die Assets dieser Bad Bank in die Schuldenquote nach Maastricht-Kriterien eingerechnet werden. So weit, so gut, so schlecht. Und bei den Frühpensionierungen erwähne ich nur die Hacklerregelung, die inzwischen 1,7 Milliarden kostet. 2003 eingeführt und unnötigerweise im September, also 14 Tage nach Lehman, verlängert.

Die Folge davon ist, dass uns Mittel überall anders fehlen. Für ein Konjunkturprogramm, wo wir diskutieren – 100 Millionen. Das ist ja geradezu eine Lachnummer. Und das zur Jahresmitte. Also wenn die überhaupt je wirksam werden, dann frühestens im Frühjahr nächsten Jahres, weil das heurige Jahr ist schon gegessen und ist auch schon konjunkturell versemelt. Da ist jetzt durch Vorlaufwirkungen kurzfristig gar nichts mehr zu erzeugen.

Das ist der kurzfristige Aspekt. Viel gravierender ist der langfristige, weil uns die Mittel für die Zukunftsaufgaben fehlen. Wer sich die neueste Ausgabe des „Spiegel“ angeschaut hat mit einem langen Artikel, der sich auf ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bezieht – Österreich kommt in einer Tabelle auch vor, aber grosso modo gilt das mindestens für uns gleich, dass die Zukunftsaufgaben, die Zukunftsinvestitionen – seien es die materiellen oder die immateriellen – seit Jahren heillos unterdotiert sind, logischerweise mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Zukunft.

Gleichzeitig haben wir aber in Österreich mit 34 Prozent die höchsten Transferzahlungen, mit 5,4 Prozent eine doppelt so hohe Subventionsquote wie im EU-Durchschnitt, eine der höchsten pekuniären Familienförderungen. Mit dem Ergebnis, dass wir eine der niedrigsten Geburtenraten haben. Also da kann irgendwas mit der Effizienz und Effektivität auch nicht ganz so hinhalten. Aber für Bildung – sei es im Vorschulalter, sei es im Schulalter, Stichwort ganztägige vorschulische elementarpädagogische Betreuung und die Einrichtungen dafür, oder die Einrichtung von Ganztagschulen, verschränkten Ganztagschulen – und bitte zu unterscheiden von Ganztagsbetreuung, da wird Etikettenschwindel betrieben. Ganztagsbetreuung ist eine Aufbewahrung – ist besser als nichts, pädagogisch aber wertlos. Was wir brauchen, sind verschränkte Ganztagschulen. Und da gebe ich ausnahmsweise dem Chef der Lehrgewerkschaft Recht, der sagt, dann brauchen wir auch die Arbeitsplätze. Aber auch für die Kinder nebenbei, nicht nur für die Lehrer – wenn man das zumindest anmerken dürfte. Von den Universitäten rede ich gleich gar nicht.

Bei der Forschung liegen wir nicht schlecht, da ist die Architektur nicht schlecht. Aber just 1008 haben wir die Dynamik wieder auf Stagnation geschaltet. Mit dem Finanzierungspfad erreichen wir nicht und können von der Finanzierungshärte schon nicht das Ziel der Bundesregierung erreichen, in den Kreis der Innovation Leader vorzustoßen, geschweige denn an die Spitze zu kommen. Also hier beißt sich ganz offensichtlich die Katze in den Schwanz.

Das ist aber alles zusammengenommen Ausdruck von Zukunftsvergessenheit. Es ist das Gegenteil von Generations- und Bildungsgerechtigkeit. Ohne diese beiden Formen der Gerechtigkeit gibt's keine Leistungsgerechtigkeit und ohne all diese zusammen ist es ein leeres Gerede, von Verteilungsgerechtigkeit zu reden. Das ist dann nur mehr Schimäre.

Mich beschäftigt das schon 40 Jahre ungefähr – genau sind es jetzt 36 Jahre. Sie finden das in den Unterlagen. In einem Vortrag im Herbst 1977 „Entscheidung für morgen“ habe ich dieses Thema, das sich aus der demografischen Entwicklung, aus der Verlängerung der Lebenserwartung bei gleichzeitig immer früherem Pensionsantritt und immer größerer Anzahl von Frühpensionisten ergibt, angeschnitten. Ich habe dann im Jahr 1980 – also ungefähr ein Jahr vor meinem

Ausscheiden aus der Regierung – einen Disput mit dem Sozialminister gehabt und diesbezüglich den Kanzler bemüht. Dieser Briefwechsel, der Ihnen in Kopie auch zur Verfügung steht, hat damit geendet, dass der Kanzler gesagt hat: Wenn es einen Streit zwischen dem Sozialminister und dem Finanzminister gibt, bin ich immer auf der Seite des Sozialministers. So.

Und das ist jetzt 36 Jahre her und ist nur schlechter geworden und die Zukunftsvergessenheit größer und die Vernachlässigung der Zukunftsaufgaben und -investitionen immer geringer. Und daher: Wer nicht sät, kann nicht ernten. Von Generationengerechtigkeit ist sowieso keine Rede. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Bert Rürup, Präsident Handelsblatt Research Institute/HRI, Düsseldorf, und Kuratoriumsvorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung/DIW, Berlin

Wie habe ich Bernd Marin kennengelernt? Das war Mitte der 1990er-Jahre. Ich wurde damals – Sie haben es gehört – von Lore Hostasch und Herrn Klima eigentlich beauftragt, zunächst ein Gutachten von Herrn Heubeck – das ist ein Versicherungsmathematiker, der hat im Auftrag der österreichischen Versicherungswirtschaft ein Gutachten geschrieben, dass das System zusammenbricht und kollabiert. Und da brauchte man auch einen ausländischen – das durfte dann kein Österreicher machen, da brauchte man einen ausländischen – wenn ein Deutscher schon den Untergang beschreibt, dann muss ein Deutscher auch schreiben, dass es nicht untergeht. Jedenfalls sollte ich mal schauen, ob das Gutachten richtig war. Natürlich – es gibt kein Gutachten, wo keine Fehler sind, natürlich habe ich da ein paar Fehler gefunden. Aber das fand man dann sehr gut und hat gesagt: Ja, dann machen Sie doch mal ein Konzept, was wir machen sollen. Ich habe das gemacht, war mit großem Aplomb aufgeschlagen, davon wurden dann 12 bis 13 Prozent umgesetzt.

Zu dieser Zeit hat Bernd Marin mich noch kritisch beäugt, da ich ja in seinem Revier gewildert habe. Er war doch der sozialpolitische Platzhirsch von damals. Aber je öfter wir zusammengekommen sind, desto mehr verstehen wir uns. Wir haben das gleiche Erkenntnisobjekt, nur vielleicht eine leicht unterschiedliche Perspektive. Bernd Marin ist so etwas wie ein Entwicklungsingenieur des Sozialstaats, und ich habe immer sehr viel Politikberatung gemacht. Mich interessiert vielleicht einen Tick mehr als ihn die Möglichkeiten der Umsetzung – das ist ja zweierlei. Das Richtige zu erkennen ist das eine, was man davon umsetzen kann – was nützt einem die richtige Erkenntnis, wenn die Umsetzung fehlt – das andere. Deswegen hat die „Zeit“ mich mal den „Mann mit dem Werkzeugkoffer“ genannt. Also insofern, wir haben das gleiche Interessengebiet, aber wir gehen mit einer unterschiedlichen Sicht ran. Und seit einiger Zeit verstehen wir uns hervorragend.

Jetzt zum Buch. In Vers 97 von Goethes Faust lässt Goethe den Theaterdirektor sagen: „Wer vieles bringt, wird manchen etwas bringen und jeder geht zufrieden nach Haus.“ – Und in der Tat, das kann man von diesem Buch sagen. Es ist nämlich

ungemein vielschichtig. Es ist eine monumentale Monografie. Wenn er nicht so fit und jung wäre, könnte man sagen, es ist die Bilanz eines Forscherlebens. Aber ich würde sagen, es ist erst mal eine stolze Zwischenbilanz. Es ist ein sehr umfangreiches Buch. Nur, er hat ein bisschen mit Worten gespielt: idle. Mich würde mal interessieren, wenn es eine deutsche Ausgabe gäbe, wie er „idle“ übersetzen würde. Das ist nämlich ein ganz komisches Wort im Englischen – das heißt einmal faul, müßig, untertourig, trödelnd, wenig produktiv – es gibt ungefähr 30 Worte. Und deswegen würde mich mal interessieren, ob er dieses „idle“ mit einem kritischen Unterton oder mit einer etwas freundlicheren Färbung geben würde. Das würde mich schon mal interessieren, was denn bitte dieses „idle“ bedeutet. Das ist ein sehr offenes Wort.

Aber diese Analyse des Wohlfahrtsstaats halte ich für einen sehr originellen und didaktisch geschickten Ansatz. Nämlich der Ausgangspunkt ist das bestehende, historisch gewachsene österreichische System des Sozialstaats, des Wohlfahrtsstaats. Und Wohlfahrtsstaat ist ja letztlich die Summe aller Regelungen, über die die aus den großen Lebensrisiken erwachsenden Einkommensrisiken – also Einkommensrisiken des Alters, der Krankheit, der Arbeitslosigkeit – letztlich solidarisch abgesichert werden. Also er bewegt sich nicht in einem hybriden Sozialstaat, wo wir ein Zusammenspiel zwischen kapitalgedeckten Elementen haben, sondern er sagt, das Umlagesystem ist im Kern zukunftsfähig. Und die Alterung an sich ist eigentlich das kleinste Problem. Die größeren Probleme für die Nachhaltigkeit dieses Systems liegen woanders.

Er betrachtet alle Probleme, aber im Mittelpunkt steht natürlich die Alterssicherung. Und zunächst einmal baut er hier auch ein wohlfahrtsstaatliches Konzept, welches Elemente aus den drei Urformen des Sozialstaats hat. Es gibt ja drei Urformen, die immer weiter zusammenkommen. Es gibt einmal das angelsächsische Konzept, wo es letztlich nur um Armutsvermeidung geht. Dann gibt's das Beveridge-Konzept, das Bismarck'sche Konzept und den skandinavischen Wohlfahrtsstaat. Die gab's mal in einer Reinform.

Und er baut daraus so sein Ideal. Und dieses Ideal legt er auf die bestehenden österreichischen Regelungen und fragt: Was muss getan werden, damit dieses sozialstaatliche Arrangement langfristig finanzierbar ist, fair ist, armutsvermeidend ist, lebensstandardsichernd ist und geschlechtsneutral. Das ist pfiffig. Und ich denke, das ist schon ein Kabinettstück, weil hier nämlich gleichzeitig für den fortgeschrittenen Studenten eine Theorie des Sozialstaats entwickelt wird – gleichzeitig aber auch eine Blaupause konzipiert wird, was man tun kann, um aus dem bestehenden System zu dem diesen Kriterien entsprechenden leistungsfähigen Wohlfahrtsstaat zu kommen. Da würde ich sagen, chapeau, das ist fast ein genialischer Ansatz – also praktische Reformperspektiven mit einem konsistenten theoretischen Ansatz zu verknüpfen.

Bei aller Originalität – man darf ja nicht nur loben – ist Bernd Marin, den ich für einen – sogar für den international renommiertesten Theoretiker des Sozialstaats halte, nicht nur in Europa, sondern generell – aber im Kern ist er ein deutscher Ökonom geblieben, der dem Ordoliberalismus verhaftet ist. Nämlich Bernd Marin liebt Regelbindungen. Er hat sehr viele Regeln – Lebenserhaltungsfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor, automatische Anpassung. Er liebt Regelbindungen. Das ist ein ganz interessanter Punkt.

Ich darf einen ganz kleinen Exkurs machen, der eigentlich alle Politikfelder erreicht. Es gibt nämlich zwei Politikstile und die streiten auch in Europa zusammen. Es gibt einmal den deutschen Politikstil und den französischen Politikstil. Der deutsche Politikstil ist die Regelorientierung. Das heißt, was einmal als richtig erachtet wird, wird in eine Regel gebunden, an die man sich halten muss. Deutschland – wir machen Konvergenzkriterien, Stabilitätspakte und ganz viel, Schuldenbremse – das sind alles Regelungen. Das sind alles Regelungen, die sehr sinnvoll sind. Dahinter steht natürlich ein gewisses Misstrauen gegen die fallweise diskretionäre Politik. Das heißt, Regelbindungen wollen im Kern Politik entpolitisieren.

Ein Franzose kriegt Pickel, wenn er das hört. Wenn er sagt, also Politik entpolitisieren – in Frankreich, und nicht nur in Frankreich, gilt der Primat des Politischen. Spezifische situative Probleme erfordern situationsspezifische Antworten. Und das ist letztlich der Kern des europäischen Konfliktes. Das ist auf der einen Seite die deutsche Regelorientierung und auf der anderen Seite der französische Elan. Ich bin auch ein deutscher Ökonom, aber ich weiß, dass Regelbindungen immer nur so gut sind, so sehr die Voraussetzungen, unter denen sie konzipiert worden sind, dann gelten, wenn sie greifen sollen.

Wenn nun aber die Voraussetzung, unter denen eine Regel konzipiert worden ist, dann nicht mehr greift, dann hat man ein Problem. Da haben wir eine ganze Menge. Und deswegen würde ich beispielsweise sagen, jawohl, wir müssen eine Anbindung – das wäre ein Punkt, wir können vielleicht in der Diskussion noch ein paar andere machen – des Pensionseintrittsalters an die Veränderung der Lebensarbeit machen. Da ich aber glaube, dass alle Beteiligten Planungssicherheit haben wollen, würde ich das lieber in einem diskretionären Hochrollungsprozess machen und nicht mit einer Formel, die ganz komisch wirken kann, wenn man sich das anschaut. Da gibt's eine ganze Menge und ich glaube, das wäre der einzige Punkt, über den wir streiten können.

Aber sonst – chapeau. Ich wünsche dem Buch viele Leser, vor allen Dingen wünsche ich ihm viele Leser in der österreichischen Politik. Es ist sehr lesenswert, nämlich das Problem, das Österreich hat, ist nicht die Demografie. Das Problem, das Österreich hat, ist, dass wir älter werden – wir haben einen Gewinn an gesunden Jahren – aber die Partizipation, die Zeit, in der man dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, die geht immer weiter zurück. In Deutschland nennen wir das die so genannte relative Rentenbezugsdauer – bei Ihnen würde man sagen, die relative

Pensionsbezugsdauer. Und das ist entscheidend. Wie lange ist die Relation, wie ist das Verhältnis zwischen Zeiten, in denen man Beiträge in das System zahlt, und in denen man Leistungen aus dem System bekommt.

Und in Österreich haben wir einen ganz kuriosen Effekt. Die Zeit, in der man Beiträge zum System zahlt, geht immer weiter zurück. Das hängt auch mit der Bildung zusammen. Das tatsächliche Pensionseintrittsalter wird nicht hochgehoben. Und jedes Jahr wird ein 65-Jähriger beiderlei Geschlechts pro Jahr eineinhalb Monate älter. Das ist ein Lebenserwartungsgewinn von drei Stunden pro Tag. Und diese Kosten sind real, die sitzen hier im Raum oder sitzen hier vorne. Und das hat er hervorragend herausgearbeitet, dass das letztlich der Kern des Problems ist. Und ich könnte mir vorstellen, dass auch „idle“ darauf reflektiert, dass es da noch Produktivitätsreserven in diversen Bereichen geben kann, wo man dieses System aufrechterhalten kann, sogar noch leistungsverbessern kann. Man kann Fairness aufbauen, ohne dieses System in Frage zu stellen.

Deswegen: Herzlichen Glückwunsch zu dem Buch, viele Leser – und eine deutsche Auflage würde, denke ich, helfen.

Prof. Dr. Bernd Marin, Executive Director European Centre, Vienna und Autor „Welfare in an Idle Society?“

Danke schön für die sehr freundlichen Einbegleitungen. Gleich vorweg zur Entmutigung: Eine deutsche Ausgabe wird's nicht geben. Ich habe – übrigens auch vor zwölf Jahren – ein deutsches Buch geschrieben mit Christopher Prinz zusammen über Pensionsreformen in Österreich, das in zwei Auflagen vorliegt. Und was sich seitdem geändert hat – ich habe nur schlimme Erfahrungen gemacht mit Texten, die ich auf Englisch geschrieben und die ins Deutsche für Lehrbücher usw. rückübersetzt wurden. Man erkennt die eigenen Texte kaum wieder. Das gehört zu den schlimmsten Erfahrungen – oder aus dem Italienischen oder Französischen Sachen zurückzuübersetzen und das dann zu korrigieren, ist pure Tortur. Auf „idle“ komme ich noch. Übrigens, manche hören einfach „ideal“ – soll mir auch recht sein. Es ist natürlich eine schöne Freud'sche Fehlleistung.

Wenn ich höflichkeitshalber zuerst mit meinen Vorrednern beginnen darf. Dr. Androsch hat sehr richtig auf drei Grundprobleme hingewiesen. Ein Sozialstaat braucht Investitionen und nicht nur Konsum. Bei den öffentlichen Ausgaben wird die Investitionskomponente laufend schwächer und der Konsum laufend stärker. Und besonders schlimm sowohl für den einzelnen privaten Bürger/Bürgerin als auch für das öffentliche Gemeinwesen sind natürlich Konsumschulden. Jetzt könnte man zynisch sagen, ich nenne alles das, was ich nicht mag, Konsum, und das, was ich mag, Investition. Natürlich gibt's da Abgrenzungsprobleme, aber wir wissen schon, wovon wir reden. Und natürlich sind Ausgaben, um die es hier geht, Konsumschulden.

Dr. Androsch hat auf dieses Crowding Out, wie die Ökonomen sagen, hingewiesen. Wir finden für vergleichsweise kleine Beträge von großer Bedeutung – Beispiel außerhäusliche Kinderbetreuung ist natürlich besonders wichtig, die Nachmittagsbetreuung in den Schulen wäre besonders wichtig und natürlich die Kinderbetreuung im Vorschulalter, Kindergärten.

Wir haben 15 Millionen Euro fast ein Jahr lang nicht gefunden, um die Länder dazu zu bringen, beispielsweise nicht 13 Wochen Schließzeiten im Jahr in den westlichen Bundesländern – Tirol westwärts, übrigens auch im Süden Österreichs, in der Steiermark neun Wochen Ferienschließzeiten. Wie soll eine berufstätige Mutter ihrem Beruf nachgehen können, wenn sie bis zu einem Vierteljahr die Horte und die Kindergärten schließen? Diese 15 Millionen haben wir nicht gefunden. Weil wir in einer außeruniversitären Forschungsinstitution tätig sind, darf ich sagen, 28 Millionen hat man nicht gefunden für die außeruniversitäre Forschung oder für die Med-Uni – immer relativ kleine Beträge.

Weil wir in das Pensionsloch Jahr für Jahr – gutmütig gerechnet – und ich sage gutmütig, weil wir nicht rechnen wie die Finanzministerin, die 19 Milliarden im Jahr aufstellen muss, sondern wir tun so, als würde der Vater Staat für die Staatsdiener Rücklagen gebildet haben, was er bekanntlich nicht tut. Gutmütig gerechnet unter Einrechnung der Arbeitgeberbeiträge des Vaters Staat für seine Staatsdiener 14 bis 15 Milliarden as of today ist das Pensionsloch, wie das salopp genannt wird. Also das, was der Staat zuschießen muss, was aus den Beiträgen nicht alimentiert werden kann. 15.000 Millionen Jahr für Jahr. Und dann finden wir für die Kinderbetreuung nicht 15 Millionen und für die Forschung nicht 28 Millionen. Das nennt man Crowding Out – man könnte auch das Bild des Tsunami verwenden, wo links und rechts und vorder meiner, hinter meiner is nix – da wird alles plattgewalzt. Weil in dieser Kostenlawine für anderes relativ wenig bleibt.

Und wir haben dann sozusagen zum Scherz intern das Spiel aufgelegt, wie viele Halbtage oder Nachmittage oder Tage Frühpension kostet was. Also um wie viel könnte ich die Kinderbetreuung oder eine phantastische Bildungsreform alimentieren, wenn die Leute zum Beispiel zwei Wochen später in Pension gehen. Ist das unzumutbar, dass die Leute zwei Wochen später in Pension gehen? Oder was kostet die Altersteilzeit, wie viele 100 Millionen kostet die. Also das kann man dann spielen, man könnte mal ein nettes Gesellschaftsspiel draus machen, die Chips zu legen, wo bin ich bereit, wie viel Geld zu versenken.

Die Zukunftsvergessenheit ist wirklich ein großes Problem. Und ich glaube, Dr. Androsch hat ja unter Sozialdemokraten einen einzigartigen Record, dass er vieles von dem, was Jahrzehnte später sozusagen aufgearbeitet wurde, in den 70er-, 80er-Jahren schon erkannt hat und sozusagen auch konfliktreich diskutiert hat.

Zum Kollegen Rürup. Ja, es wurden doch 12 bis 13 Prozent – 87,5 Prozent, glaube ich, wir haben einmal nachgerechnet, dessen, was er 1997 vorgeschlagen hatte,

wurden nicht umgesetzt, aber eben 12,5 Prozent ja. Mühsam nährt sich das Eichhörnchen der Umsetzung. Entwicklungsingenieur des Sozialstaats hat mich noch niemand genannt. Ich weiß, in einem Land der Tüftler und Bastler als Ingenieur bezeichnet zu werden, ist ein hohes Lob.

Die Idleness kommt natürlich aus dem klassischen Text von Beveridge. Und die Idee – wie Sie wissen – war, dass wir den Sozialstaat irgendwie für das 21. Jahrhundert herrichten müssen. Und das, was Bismarck vor 140 Jahren oder Beveridge vor 70 Jahren – Beveridge hatte bahnbrechende Ideen. Er hat halt die fünf großen Social Ills – die nackte Not – und Toni Giddens, der Begründer des Dritten Wegs, sagt, in place of want wollen wir Autonomie haben. Disease ist das zweite – Krankheit, Elend. Active Health löst das Disease ab. Instead of ignorance education, lebenslange Weiterbildung anstelle von Unwissenheit, Analphabetismus, auch Pensionsanalphabetismus. Squaller – also das nackte Elend, well being statt squaller. Und in place of idleness sagt Toni Giddens initiative. Eine moderne Wohlfahrtsgesellschaft würde die Initiative anstelle des – wenn Sie so wollen – erzwungenen Müßiggangs setzen. Der erzwungene Müßiggang heißt derzeit in Europa, dass wir 27 Millionen Menschen haben, die arbeitslos sind, Arbeitsuchende sind, und noch einmal 100 Millionen, die erwerbslos sind, also non employed – unemployed 27 Millionen, non employed oder Inaktive 100 Millionen, das macht zusammen 127 Millionen Menschen Erwerbslose und Arbeitslose, also out of work. Das ist aus meiner Sicht das Grundproblem.

Ja, ich habe ein Misstrauen gegenüber diskretionärer Politik in einem Land, wo fast nur diese – ich verkenne nicht – habe lange genug bei Lindblom und anderen gelernt – die Vorzüge des muddling through, des Durchwurschtelns. Es gibt eine ganze Theorie des Durchwurschtelns, also zizerlweise. Also der österreichisch-kakanische Stil hat viele, viele Vorzüge, von der Hochbürokratie des maria-theresianischen Zeitalters bis heute. Nur, zu glauben, man kann sie ungebrochen in das 21. Jahrhundert übernehmen, kann sozusagen zu Kompassverlusten führen. Und ich habe das an verschiedenen Beispielen versucht aufzuzeigen.

Ja, wir haben kein Problem der Demografie, ich stimme zu. Ja, Alterung ist nicht das Problem. Das Problem ist die Erwerbsschwäche. Ich stehe dazu, dass der Wohlfahrtsstaat eine ganz große zivilisatorische Errungenschaft ist, die jetzt von rechts, wenn Sie so wollen – politisch gesehen von neoliberalen, auch konservativen Kreisen massiv unter Beschuss kommt. Wenn Sie den Economist lesen oder was immer sozusagen die Mainstream-Medien nicht nur in der anglosächsischen Welt sagen. Das ist bereits eine untergegangene Institution und man beginnt sie jetzt zu studieren, weil sie eigentlich schon ihre Existenzberechtigung verloren hat und überhaupt nur noch in Restbeständen fortbesteht. Ich erinnere mich an mein erstes Buch, meine Habil über die Sozialpartnerschaft, die ich zu einem Zeitpunkt gemacht habe, wo die Sozialpartnerschaft schon nicht mehr am Höhepunkt war.

Und man könnte natürlich sagen, das ist nur noch ein Abgesang von etwas, das keine Zukunft hat. Nein, ich glaube, es hat eine Zukunft. Es ist per se nicht überholt, aber natürlich angesichts der unübersehbaren selbstzerstörerischen Tendenzen, die der Sozialstaat entwickelt hat, dringend überholungsbedürftig. Und dieser Unterschied zwischen nicht überholt, aber sehr überholungsbedürftig führt dazu, dass das, was ein früherer sozialdemokratischer Bundeskanzler einmal linkskonservativ genannt hat, dass das die beharrenden Kräfte sind, die dem Sozialstaat herkömmlicher Form am ehesten sozusagen das Grab schaufeln.

Daher verwende ich generell ungern den Begriff Sozialstaat, sondern sehr viel lieber Wohlfahrtsgesellschaft. Und ich habe ein eigenes Modell entwickelt, wie der Staat in einem Fünf-Sektoren-Modell – Markt, Zivilgesellschaft, Selbsthilfegruppen, individuelle Beiträge, am Beispiel der Gesundheitsagenden zeigt sich das ja ganz klar. Sie können ja für gewisse Sachen staatlicherseits Rahmenbedingungen schaffen, aber wenn Sie – ein Beispiel, das wir einmal untersucht haben, in der Aids-Prävention, also das Verhüterli müssen die Leute selbst zur Hand nehmen, das kann ihnen der Staat sozusagen nicht abnehmen. Und das können ihnen auch andere Institutionen nicht abnehmen. Das heißt, es bedarf einer Verschränkung von Markt, Staat, Zivilgesellschaft, individueller Vorsorge, Eigenvorsorge, Eigenverantwortung – ohne die geht's nicht. Aber der Staat kann dieses Konzert der Wohlfahrtsgesellschaft orchestrieren, wenn er das kann.

Es geht also nicht um den Gegensatz von Jung/Alt, sondern es geht um die Spannungsverhältnisse zwischen Aktiv und Inaktiv, zwischen Arbeit und Nichtarbeit, produktiv Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen. Karl Renner, erster Staatskanzler der Nachkriegsrepublik, hat das einmal auf die saftige austromarxistische Sprache gebracht: die Versorgungsklassen und die Erwerbsklassen. Und die Väter und Mütter des Wohlfahrtsstaats hätten sich nicht im Entferntesten träumen lassen, dass jemals eine Gesellschaft existieren könnte – noch dazu nachhaltig – in der die Mehrzahl der Bevölkerung zu den alimentierten Versorgungsklassen gehören würde. Das wäre niemandem jemals in ein gesundes Gehirn gekommen, sondern da sollten die vielen starken Arbeitsfähigen und -willigen die wenigen Armen, Kranken, Alten, Schwachen – unter Führungszeichen, wie das damals despektierlich geheißen hat – durchfüttern. Aber dass die Mehrheit einer Gesellschaft „durchfütterungsbedürftig“ – um dieses ekelhafte Wort zu verwenden – wäre, das hätte sich niemand gedacht. Mittlerweile haben wir Kinder, Schüler, Studierende, Hausfrauen, Arbeitslose, Erwerbslose, Kranke, Berufsunfähige, Invalide, Karenzierte, Urlaubende, Pensionisten – Sie können eine endlose Liste bilden und Sie kommen auf viele Millionen Menschen, die – unter Führungszeichen – im Laufe ihres Lebens nicht mehr erwerbstätig und nicht mehr aktiv sind. In Österreich waren die letzten Zahlen, dass wir nur noch 35 Jahre dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen bei über 80 Jahren Lebenserwartung. Und von diesen 35 Jahren nur noch 31 Jahre Beiträge zahlen, weil die anderen Jahre sind wir auch wieder alimentiert als Arbeitslose, in der Invaliditätsrente usw. Und da verbringen wir immerhin einige Jahre, im Schnitt 9,8 bis

12,6 Jahre allein in Berufsunfähigkeit, das macht vier Jahre pro Kopf der Bevölkerung aus.

Meine Zukunftsperspektive ist, dass Kontinentaleuropa, Deutschland, Österreich eigentlich an einer Weggabelung steht und sich entscheiden muss, nach Nordwesteuropa oder nach Südosteuropa sich zu orientieren. Ich glaube, der Gegensatz zwischen dem anglosächsischen Liberalismus und der sozialdemokratischen Hegemonie in den skandinavischen Ländern ist ein völlig falscher Gegensatz. Ich glaube, diese nordeuropäischen Gesellschaften haben sehr viel gemeinsam. Ich nenne sie daher auch angloskandinavische Arbeitsgesellschaften – es sind Arbeitsgesellschaften und das eint sie mit der Schweiz oder mit Holland. Und Österreich liegt da irgendwo dazwischen und Österreich ist auf dem halben Weg zum Balkan und nach Südosteuropa, zum mediterranen Bereich. Lateineuropa ist ein bisschen weiter weg, aber mentalitätsmäßig nicht so sehr.

Und natürlich kann man ein glückliches Leben in Zypern und in Griechenland usw. führen – nach dem Armutsschwellenwert von Zypern, wo 62 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze eine Pension bezieht. Da können Sie immer noch tanzen, steinalt werden, auch wenn Sie viel rauchen – alles ist möglich. Nur, ich glaube, wir Österreicher wären allenfalls mit schweizerischen, schwedischen, dänischen usw. Pensionen und nicht mit zypriotischen oder griechischen Pensionsleistungen zufriedenzustellen.

Das heißt, wir haben sozusagen diese Weggabelung. Ob es ein europäisches Sozialmodell gibt, ist sehr fraglich. Ich bestreite das. Ich glaube, es existiert eigentlich nur für ungefähr drei bis zehn Prozent der Europäer, eben wiederum die Skandinavier, Schweden, Finnen, Dänen, Norweger, Isländer, Holländer, Luxemburger, Schweizer, Österreicher und die Deutschen. Und das war's dann auch schon. Wir haben aber im UNO-Europa, für das wir zuständig sind, 56 Länder – und alle anderen haben dieses europäische Sozialmodell, auf das wir uns viel zugute halten, leider – leider – nicht.

Und um es herstellbar zu machen, habe ich mir sozusagen ein paar Sachen ausgedacht, die hier in dem Buch entwickelt werden. Also die Wohlfahrtsgesellschaft ist jenseits des Laissez faire-Darwinismus, aber auch jenseits eines Sozialstaatspaternalismus, wo der Staat sozusagen alles degradiert.

Ich darf vielleicht noch einen Gedanken, der mir sehr, sehr wichtig ist, in die Debatte werfen, nämlich die Frage: Altert die Gesellschaft wirklich? Und ich bin nach langem Überlegen zu dem Schluss gekommen, dass das nicht der Fall ist. Warum nicht? Die Gegenthese ist: Unsere Gesellschaft verjüngt sich. Und dazu habe ich den Begriff der Altersinflation – nicht alles selbst erfunden, die neuesten Forschungen der Demografie, die ich verarbeitet habe, sind da mit eingegangen. Es leuchtet ja instinktiv ein, dass dasselbe Alter nicht dasselbe Alter ist, unabhängig von Raum und

Zeit. Aber diese Relativitätstheorie auf das Alter wenden wir kaum jemals an. Ganz war zu Kants Zeiten Goethe ein ehrwürdiger Greis mit 50. Da war er aber erstens fünfmal schon beinahe tot im Alter von 50, zweitens war seine fernere Lebenserwartung immer noch ein paar Jahre, aber relativ gering. Seine Lebenserwartung bei der Geburt dürfte zwischen 29 und 31 gewesen sein, zu meiner Großmutter Zeiten ungefähr bei 46. Oder zu Mozarts Zeiten war die Lebenserwartung geringer als zu dem Alter, als Mozart gestorben ist, obwohl er immer noch jung verstorben ist, natürlich schrecklich jung aus unserer Sicht. Aber die Lebenserwartung war damals weit unter 36.

Das heißt, die Frage ist: Was ist jung und was ist alt? Hängt natürlich von meinem Raumkontext ab. Und auch heute noch, in Sierra Leone – oder ich brauche gar nicht so weit gehen, ich gehe nach Moldawien. Ich kann sagen, die Wahrscheinlichkeit, dass ich meinen nächsten Geburtstag nicht mehr erlebe, ist nicht ein Prozent, sondern vier Prozent. Einer von 25 in einer Klasse, die beim Klassentreffen sind, kommt im nächsten Jahr nicht mehr dazu. Das ist dann schon ziemlich alt. Und in meinem Alter – glauben Sie mir – ist es interessanter, wie viel Lebenszeit Sie vor sich haben und nicht, wie viel Sie hinter sich haben. Und das macht einen großen Unterschied.

Und daher versucht die neue Theorie Alter als eine Phase in einem Lebenszyklus zu begreifen und vom Lebensende her zu denken und zu messen. Und das ist, glaube ich, ein entscheidender Punkt der neueren Konzeptionen. Wenn ich schaue, welche Arbeitsfähigkeit hat jemand, welche kognitiven Fähigkeiten hat jemand, welches Mortalitätsrisiko hat er, welchen Gesundheitszustand hat er, wie sind gesunde oder ungesunde Lebensjahre vor ihm oder vor ihr – dann kann ich sagen, ja, ein 65-Jähriger hat heute, wenn er in Israel lebt zum Beispiel, noch einmal 23 Jahre, und davon sind 90 Prozent gesunde Lebensjahre. Wenn dieselbe Person aber in der Ukraine lebt, dann kommt er erstens einmal nicht bis 65, dann sind viele ungesunde Lebensjahre dabei und sehr wenige. Und jetzt kann ich sagen, alt ist jemand, der zum Beispiel – ich sage das, weil mich das beschäftigt, weil meine Mutter vor nicht einmal einem Monat gestorben ist, mein Vater vor zehn Monaten. Sie können natürlich sagen, alt ist jemand, der weniger als 10 oder 15 Jahre zu leben hat. Das ist dann alt. Meine letzten 15 Jahre. Aber in Moldawien haben Sie diesen Zeitpunkt mit dem Alter von 62 überschritten und in Frankreich im Alter von 72. Wenn Sie 72 sind, haben Sie immer noch einmal 15 Jahre vor sich. Und das ist natürlich ein großer Unterschied. Und als Frau haben Sie noch sehr viel mehr Jahre. Und eine Mittelschicht-Frau in Österreich, die heute in Pension geht, hat mehr als 30 Jahre vor sich.

Das heißt, Männer und Frauen sind auch nicht gleich alt. Ein 65-jähriger Mann ist so alt – unter Anführungszeichen vom Tode entfernt – wie eine 70-jährige Frau. Und eine 70-jährige Frau ist so alt oder so jung wie eine 65-jährige Frau vor einer Generation. Und wenn wir das einmal verstanden haben, diese Relativitätstheorie des Alters, es vom Lebensende her und nicht vom chronologischen – das, was im

Pass steht – zu messen. Weil was im Pass steht, heißt – Kollege Rürup hat schon darauf hingewiesen – in der Zeit, während wir leben, gewinnen wir Lebenszeit dazu. Das gab es in den letzten Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte noch nie. Das gab es einfach nicht, dass wir in Österreich derzeit 109 Tage die Frauen, 80 Tage die Männer dazugewinnen, während wir leben. Das heißt, zu Weihnachten legen Sie sich schlafen und zu Ostern wachen Sie mit einer Einstellungszusage vom lieben Gott wieder auf. Oder Sie gehen am Abend schlafen, wachen in der Früh auf und sind in den sieben Stunden keine Stunde gealtert. Sieben Stunden am Tag, wenn ich den gesamten Lebensbogen nehme. Und in unserem Alter, Kollege Rürup, ein bisschen weniger, aber immer noch eine Menge. Wir gewinnen noch eine Menge Lebenszeit dazu, während wir leben.

Das heißt, während in Ihrem Pass vier Jahre vergangen sind, haben Sie nur zwei oder drei Jahre verbraucht – unter Führungszeichen – von Ihrem Lebenszeitkonto. Und wer das nicht verstanden hat, der hat einfach Altersinflation nicht verstanden, der hat reales und nominales Alter nicht verstanden – der hat eigentlich überhaupt nichts an dem Problem verstanden. Und wird daher auch zu falschen Schlussfolgerungen kommen.

Wir sagen daher aber zum Beispiel: 40 ist das neue 30. Wie das ASVG geschaffen wurde – Dr. Androsch hat darauf hingewiesen – damals war das anders. Die heute 40-Jährigen sind so jung wie die damals 30-Jährigen. Zu Kreiskys Zeiten, Androschs Zeiten – die heute 73-Jährigen sind so jung wie die damals 65-Jährigen. Acht Jahre Lebenszeit dazugewonnen von diesem Lebensende her. Das ist natürlich phantastisch. Und das ist etwas, was wir in die Betrachtung mit einbeziehen müssen, wenn wir uns mit der Zukunft der sozialen Sicherheit – nicht nur der Alterssicherung – im 21. Jahrhundert befassen. Danke schön.

Diskussion

Helmut Denk: Ja, vielen Dank. Vielleicht sollte ich nur ergänzen, was das Alter anlangt, dass die Möglichkeit besteht, das Durchschnittsalter zu erhöhen, wenn man entweder Mönch oder Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist. Das Durchschnittsalter wird um fünf Jahre erhöht.

Bernd Marin: Etwas habe ich noch vergessen: Wien verjüngt sich zum Beispiel. Wien ist ein phantastisches Beispiel. Wir Wiener werden langlebiger – nicht so lang wie die Tiroler und die Vorarlberger, weil die gehen in die Berg' – und wenn sie in die Berg' gehen und nit obafallen, leben's glei amal drei Jahr' länger.

Aber auch wir Wiener werden älter. Aber als Wiener, als Kollektiv, verjüngen wir uns. Und heute Wien 2013 ist jünger als es im Jahr 1990 war. Also als Kollege Rürup jung war, war Wien viel älter als es heute ist. Aber als Österreicher altern wir – als Wiener

verjüngen wir uns, und als individueller Rürup, Marin oder was immer werden wir sehr langlebig, aber noch nicht notwendigerweise älter.

Helmut Denk: Ja, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie nun um Fragen bitten, um Bemerkungen und Diskussionen, auch vielleicht um Kritik.

RA Dr. Georg Zanger: Wenn ich das richtig verstanden habe, dass jeder von uns immer noch mehr Zeit dazugewinnt (unverständlich) dass man die Gesetze sozusagen nach den Situationen beurteilen muss, nach denen sie geschaffen wurden. Da könnte man auch sagen, dass 65 heute nicht mehr 65 heißen soll, sondern 70 – immer aus der gleichen Mathematik heraus. (unverständlich)

Bernd Marin: Ja, du hast Recht. Das heißt zum Beispiel, zu Zeiten Androsch/Kreisky sind die Leute je nachdem mit zwischen 62 und 66 in Pension gegangen. Wir haben ja vergessen, dass die Menschen – Frauen insbesondere – jahrzehntelang, den Großteil der Nachkriegszeit, bis zu sechs Jahre länger gearbeitet haben als das gesetzlich vorgesehene Pensionsalter. Damals – das waren goldene Zeiten und trotzdem haben die Leute sehr viel länger gearbeitet. Aber die 62 bis 66 damals entsprechen heute 70 bis 74 und im Jahr 2050 entspricht das rein rechnerisch 79. Das heißt, wenn jetzt diskutiert wird – die Dänen haben das schon gemacht, die Dänen haben das 71er-Alter, die Schweden haben das diskutiert, sind jetzt bei 69/71 – die Schweden wollten 75 haben, haben jetzt 70. Das skandalisiert die Leute natürlich enorm, wenn das heute andiskutiert wird. Aber im Jahr 2050 wird das gar nichts sein, weil die Leute werden einfach sehr viel länger leben, später beginnen zu arbeiten und auch später aufhören. Es wird sich einfach der gesamte Lebenszyklus – das könnte man auch zeigen, das geht bis in das Fertilitätsverhalten hinein. Die späten Mütter haben massiv zugenommen, es gibt sehr viele Frauen, die Ende 30, Anfang 40 das erste Kind bekommen. Da muss man gar nicht die Gianna Nanini sein, die mit 54 ihr erstes Kind bekommen hat. Also vielleicht gilt das nur für Rockstars, aber auch in der breiten Masse hat sich das Gebärverhalten enorm verändert. Unter anderem bekommen die Leute ihre ersten Kinder zu einem Zeitpunkt, wo die Lebenserwartung zu Zeiten meiner Großmutter bereits über war. Und dieselben 46 Jahre, die meine Großmutter zur Geburt hatte, hatte in den 60er-Jahren eine 30-jährige und heute eine 40-jährige Frau – hat noch einmal 46 Jahre vor sich. Also die hat ein zweites Leben im Vergleich zu den Zeiten unserer Großmütter.

N.N.: Meine Frage ist: Werden wir weiter in diesem System, so wie es ist, arbeiten müssen? Heute am Abend diskutiert der Bundeskanzler mit (unverständlich) über ein soziales Europa.

Bernd Marin: Also lassen Sie mich etwas Politisches sagen. Das ist nicht korrekt und jetzt bin ich mal kein Wissenschaftler, sondern Citoyen. Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut – ist bestenfalls halb wahr. Wahr daran ist: Geht's der

Wirtschaft schlecht, geht's uns allen sauschlecht. Geht's der Wirtschaft gut, kann's uns gut gehen, muss es uns aber nicht gut gehen. Und dafür gibt's von der Entwicklungsökonomie sehr viele Beispiele. Das Trickle Down kann funktionieren, muss aber nicht funktionieren. Umgekehrt: Geht's den ArbeitnehmerInnen gut – unter Führungszeichen – dann sollte man glauben, dass die Produktivität einer Wirtschaft so ist, dass sie so viel Wertschöpfung produzieren kann, dass es dann wirklich allen gut geht. Also das ist eine notwendige, keine hinreichende Bedingung. Ein guter Slogan, aber nur halb wahr.

Wahr ist allerdings, dass wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Produktivitätsgewinne, die sich sehr zäh – auf Produktivitätszuwächse zu setzen, um das Pensionsproblem zu lösen, ist natürlich wirklich einfältig, wie Kollege Rürup und sein Weisenrat immer wieder gezeigt haben. Bei einem jahrzehntelangen eineinhalbprozentigen Produktivitätswachstum kann ich nicht darauf hoffen, dass wie Manna vom Himmel morgen die großen Gewinne von da herkommen. Also ich glaube, da muss man – weil ja diese Produktivitätszuwächse alle schon verteilt sind. Die sind in den Löhnen drin, die sind in den Einkommen drin, die sind in den Pensionen drin, die sind in der Valorisierung drin, die sind in den Aufwertungsfaktoren drin – das ist schon ausgeschenkt. Das kann ich nicht ein zweites Mal verteilen. Aber ich kann natürlich die Produktivitätsgewinne anders verteilen, und dafür spricht manches.

Dr. Johannes Gadner, RFTE: Das heißt, das Leben wird so bleiben. Ich mache eine Ausbildung, muss dann arbeiten –

Bernd Marin: Nein, im Gegenteil. Der Kollege Rosenheim, mein Lehrer, nennt das Altersbuntheit. Ich habe nur das Beispiel der späten Geburten genannt. Das Hotel Mama, wo die Studierenden bis Mitte 30 sind. Menschen, die Familien mit 45 oder älter gründen. Ich habe sehr viele StudienanfängerInnen, die 50+ sind, und sehr viele Seniorenstudenten in allen möglichen Universitäten. Viele meiner Studierenden sind älter als ich. Wir haben Großmütter mit 40+ oder Mütter erwachsener Kinder, die ihre berufliche Karriere durchstarten. Wir haben hochbetagte Menschen wie meinen Vater, der bis zwei Monate vor seinem Ableben im 93. Lebensjahr täglich gearbeitet hat und auch noch der Chauffeur meiner Mutter war.

N.N.: (unverständlich)

Bernd Marin: Gibt's schon nicht mehr. Und selbst in Sozialstaaten wie Schweden haben wir das neue Phänomen des Unretirements. Peter von Heußner ist hier, der das mal ausgearbeitet hat für ein Papier für die Europäische Union. 14 Prozent der Schweden, jeder siebente Schwede kommt bereits aus der Pension zurück ins Erwerbsleben, im Schnitt für drei Jahre. Jetzt kann man sagen: Warum? Nicht aus Not, nicht wie in Amerika vielleicht, weil die Social Security Pension so bescheiden ist – übrigens gar nicht so schlimm wie in England. Aber nein, nicht aus Not, sondern weil ihnen langweilig ist, weil ihnen der Alte oder die Alte auf den Nerv geht, weil sie die Tapeten gewechselt haben wollen, weil sie sich in der Arbeit wohler fühlen und

anerkannter fühlen als vielleicht beim Golfspielen. Also was immer der Grund ist. Wir haben ein neues Massenphänomen und wir haben in Österreich 40.000 Leute – meine Prognose ist, innerhalb eines Jahrzehnts werden das 400.000 Leute aufwärts sein, die – beginnend wie immer mit den Selbstständigen, Freiberuflern, die bekanntlich sieben Jahre nach ihrem Ableben noch ordinieren – anfangen werden, das wird stilbildend werden. Und wenn Sie in zehn Jahren irgendwo sitzen, werden Sie 400.000 Leute aufwärts haben, die die Pension und irgendeine Art der Erwerbstätigkeit kombinieren werden. Beginnend natürlich mit den gebildeteren Berufen und den nachgefragten Berufen, natürlich auch Handwerker.

Dr. Peter Pelinka, Herausgeber NEWS: Ich möchte daran anschließen. Seit einiger Zeit gibt's immer mehr Theorien über das Verschwinden der Arbeit. (unverständlich) Gibt's dafür irgendwelche Ansätze? Möglicherweise ist der Trend dann irgendwann langfristig so, dass (unverständlich) wo Arbeit de facto nicht mehr vorhanden ist. Wie geht man damit um? (unverständlich)

Bernd Marin: Auch der Economist, den ich sehr schätze, schreibt mitunter Blödsinn – und das gehört zu den typischen Blödheiten. Natürlich geht uns die Arbeit nicht aus. Das ist so, wie wir hören, dass die Lebenserwartung nicht weiter steigt – höre ich, seit ich ein Studierender bin. Also ein Jahrzehnt noch, aber dann ist es zu Ende, weil so gut kann's der liebe Gott oder wer immer dafür zuständig ist nicht mit uns meinen. Seit 50 Jahren steigt es – jedes Jahrzehnt kriegen wir zweieinhalb Jahre Lebenserwartung dazu. Es wechseln die Champions, das ist ein ehernes Gesetz seit ungefähr 150 Jahren. Man kann darauf vertrauen, dass es vielleicht noch ein paar Jahrzehnte weitergeht.

Dasselbe mit dem „uns geht die Arbeit aus“. Auch empirisch gesehen, in Österreich die Beschäftigtenzahlen steigen. Es steigt nicht notwendigerweise das Arbeitsvolumen. Das heißt, wir haben zum Beispiel jetzt eine Million Teilzeitbeschäftigte, während wir vor einer Generation 140.000 hatten.

Hannes Androsch: Da ist die Frage – hauptsächlich bei Frauen: Ist die Teilzeitbeschäftigung deswegen, weil sie gar nicht mehr wollen? Das ist legitim. Oder weil sie nicht können, weil wir keine Ganztagsbetreuung im Vorschulalter und keine verschränkten Ganztagschulen haben.

Bernd Marin: Also ich glaube, wir haben die bestausgebildete Generation junger Frauen ever. Wir haben die erste Generation junger Frauen, die überwiegend berufstätig sind und eigene Kinder haben, die ihr Arbeitsvermögen, ihr Humankapital nicht optimal einsetzen können, weil sie zum Beispiel diese außerhäusliche Kinderbetreuung nicht vorfinden, und die insbesondere – ich glaube, das ist sogar im Buch drin – in der Gruppe des unteren Einkommensdrittels zwischen 14.000 und 23.000 Euro Jahreseinkommen sind, also eher im unteren Einkommen. Dass wir dort negative Einkommenselastizitäten haben. Das heißt, dass Arbeit sich im wahrsten Sinne des Wortes nicht lohnt. Wenn jemand – unter Anführungszeichen – zu Hause

bleibt oder Teilzeit arbeitet, hat er mehr, als wenn er in den Beruf zurückgeht. Oder Sie können 8000 Euro brutto mehr verdienen und es bleibt Ihnen netto kein einziger Cent übrig. Wir haben solche Modellbeispiele durchgerechnet. Österreich hat sehr, sehr stark dieses Phänomen, dass wir Leute quasi aus dem Beruf heraussubventionieren. Das gilt natürlich insbesondere für die Zeit, wo Familienleistungen anstehen. Zum Unterschied von der Generation unserer Mütter, die auch nach 10, 15 Jahren in den Beruf zurückeinstiegen konnten, ist es auf dem heutigen Arbeitsmarkt so, dass es nach 6, 7 Jahren absolut aussichtslos ist. Auch wenn sie ein Diplom haben von der Universität, können sie allenfalls Salat schlichten gehen. Sie kriegen einfach den Job, den sie hatten und können, nicht mehr nach 12 Jahren. Und daher sind diese langen Ausstiegsphasen, die in Österreich besonders lang sind – zwei von drei jungen Müttern kommen nicht gleich und eine von drei überhaupt nie mehr zurück. Das ist eine Katastrophe und das hängt mit der von Dr. Androsch angesprochenen elendiglichen schlechten Versorgung mit diesen Humandienstleistungen zusammen. Und die werden wiederum sozusagen nicht möglich, weil wir das Geld woanders verbrennen.

N.N.: (unverständlich) Ist nicht diese Debatte, so wissenschaftlich sie in dem Buch auch aufgearbeitet ist, naturgemäß (unverständlich) das Zurückbleiben der politischen Instrumentarien hinter den ökonomischen Entwicklungen (unverständlich) Was das bedeutet für ein politisches System. (unverständlich)

Bernd Marin: Also erstens, das ist eine Temperamentssache. Da kann man nicht mich als Wissenschaftler ansprechen, sondern als Menschen. Und mein Temperament lässt Kapitulation nicht leicht zu. Zweitens, zu meinen Heroes, nicht nur meiner Jugendzeit, sondern bis heute zählt unter anderem Albert Camus. Und der hat sich den Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorgestellt, weil die Sinnlosigkeit dieses – ja, man kann sagen, es ist oft Frustranz (*unverständlich*) Und Kollege Rürup hat sich noch sehr viel mehr sozusagen in die Umsetzungsmechanik – ich mache das mittlerweile nur noch, um das Schlimmste zu verhüten, also in der Ukraine und nicht mehr in Österreich, weil da ist noch viel mehr zu tun.

Ja, es ist, wie es ist – eine fast aussichtslose und trotzdem noch eine gute – Walter Benjamin hat kurz vor seinem Tode geschrieben: „Nur um der Hoffnungslosen willen ist uns Hoffnung gegeben.“ Was anderes kann ich Ihnen philosophisch nicht anbieten, nur um der Hoffnungslosen willen. Und deswegen muss man es trotzdem tun, auch wenn man nicht große Erwartungen verknüpfen kann und nicht sozusagen sein Ego mit irgendwelchen Master Minds und sozialstaatsarchitektonischen Dingen –

Die Situation des Beveridge gibt es einmal – nicht einmal jedes Jahrhundert. Und jetzt wäre wieder Zeit für Beveridge. Nur, die politischen Umstände sind nicht so, dass eine Kommission innerhalb von kürzester Zeit so viel umsetzen kann. Obwohl ich auf der Ebene der Europäischen Kommission höre – nicht nur mit unserem Active

Aging-Index und anderen Sachen – dass jetzt oft innerhalb von fünf, sieben Monaten mehr weitergeht als vorher in zehn, zwölf Jahren. Also natürlich gibt's ein historisches Momentum, den berühmten Kairos, wo man dann in einem glücklichen Moment – wenn man ihn nicht verpasst – Kreisky hat immer gesagt: „Was macht der Depperte mit dem Glück“, aber den Augenblick zu erkennen, wann muss man zupacken, um es umzusetzen. Man kann – wenn man vorbereitet ist drauf, und das sind ja alles nur Trockenübungen. Wir machen Trockendeckübungen, mentale exercises, um dann, wenn wir am Platz sind, zu sagen: Vielleicht kommt ein glücklicher Augenblick und wir können alles noch zum Guten wenden. Aber ich teile deine Einschätzung – optimistisch sein ist schwer.

Prof. Arnold Suppan, Vizepres. ÖAW: Die Eingangsbemerkung (unverständlich) würde ich eher sagen, dass damit eigentlich nur der neue Unterschied zwischen dem nordeuropäischen und österreichischen Modell zum Ausdruck kommt. Das österreichische Modell der Altersversorgung war immer (unverständlich) im Alter freigestellt zu werden und in den Ruhestand versetzt, aber voll tätig zu sein. (unverständlich) das Pensionsversicherungsgesetz durchgesetzt hat (unverständlich) Wir haben das berufsständische Versäumungsmodell auch. Und jetzt bin ich bei der Zukunft, bei dem aus meiner Sicht ungelösten Problem. Wir denken immer (unverständlich) In Wahrheit haben wir aber im Portfolio (unverständlich) die Familie, Patchwork-Familie, die aus verschiedenen Quellen – wenn sie Glück hat, auch etwas Kapital (unverständlich) ihr Einkommen und auch die Altersversorgung sichert. Woran sieht man das? 75 Prozent der Landwirte sind Nebenerwerbslandwirte.

Anderes Beispiel, und jetzt bin ich beim (unverständlich) Die Zahl der jungen Unternehmer (unverständlich) Das sind nicht nur Universitätsprofessoren oder die frühpensionierten ORF-Journalisten (unverständlich) Und ich denke, ohne Bismarck (unverständlich) oder andere zitieren zu wollen – unser Problem ist, dass wir mit Portfolio-Systemen oder mit Portfolio-Einkünften (unverständlich) von den Institutionen her nicht umgehen können. Und deswegen möchte ich dir zustimmen, wir brauchen ein neues Sozialsystem.

Bernd Marin: Bismarck. Ist ein bisschen lang her. Wir bauen aber immer noch auf diesem System auf. Zu Bismarcks Zeiten waren 85 Prozent der Menschen, bis sie das Pensionsalter erreichen hätten können, mausetot. Das heißt, ich musste 14 Prozent der Bevölkerung bedienen mit den Versprechen, die ich ausgegeben hatte. Und es waren ungefähr ein Prozent und später zwei Prozent Pensionisten, heute haben wir 22 Prozent Pensionisten und demnächst werden wir 33 Prozent Pensionisten haben. Und die Überlebenswahrscheinlichkeit ist nicht 15 Prozent, sondern zwischen 90 und bei Frauen 95 Prozent. Das heißt, you have to deliver. Man muss das Versprechen halten, man kann gar nicht anders. Daher muss man die Versprechen rekalkulieren oder schauen, wie man das erfüllt.

Weil die Landwirte angesprochen wurden. Die Landwirte, die bekanntlich eine längere Lebenserwartung als der Bevölkerungsschnitt haben, sind nach der letzten

Zählung – die habe ich noch eingearbeitet bei der Überarbeitung des Manuskripts – zu 71 Prozent in Invaliditätsrente. Und wenn ich meine Freunde am Land frage, wie macht's ihr das, sagen sie, die Landwirtschaftskammer berät uns gut. Ich wusste nicht, dass es die Aufgabe der Landwirtschaftskammer ist, euch zu beraten, wie man im zarten Alter von Anfang 50 in die Invaliditätsrente kommt. 71 Prozent der Landwirte. Aber nicht, weil sie früher versterben und besonders hart arbeiten, sondern das ist eine gesunde Lebensweise, in freier Natur, körperlich herausfordernd, das schlägt sich in längerer Lebenserwartung selbstverständlich nieder. Ich konnte mir diese polemische Bemerkung nicht verkneifen.

Bert Rürup: Ad hoc dazu – ich glaube, man muss schon sehen, wir stehen alle im Schatten der Vergangenheit. Und das österreichische System ist unendlich moderner als das deutsche – unendlich moderner als das deutsche. Das deutsche System ist Bismarck. Und Bismarck hat ja zwei Wurzeln verfolgt, auf der einen Seite die Armutprobleme des Industriearbeiterproletariats lösen, gleichzeitig obrigkeitstaatliche Wohltaten auf dieses Proletariat ausschütten und parallel dazu die SPD zu verbieten. Ja, natürlich, das war der Deal. Und deswegen sind alle deutschen Sozialversicherungen lohnzentriert, sind arbeitnehmerzentriert. Ihr System ist viel moderner. Bei Ihnen sind die Selbstständigen dran.

Oder beispielsweise ein Amerikaner oder ein Schweizer versteht gar nicht, dass ein Selbstständiger nicht in dem staatlichen System drin ist. Das heißt, man muss natürlich immer schauen, wann ist ein System mit welchem Zeitgeist eingeführt worden. Und wenn Sie sich das deutsche System anschauen würden, dann würden Sie sagen, danke, dass wir das nicht haben. Wir haben eine allgemeine Rentenversicherung, wir haben eine gesetzliche Rentenversicherung, dann haben wir die Arbeiter und Angestellten, die sind hier zusammengeworfen, dann haben wir eine Landwirtschaftskasse, wir haben eine Seekasse. So. Und da sind dann auch einige selbstständige Berufe drin, Lotsen, Hauslehrer und und und. Und dann haben wir berufsständische Versorgungswerke für die verkammerten Berufe Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie wollten in die gesetzliche Rentenversicherung rein, sie durften nicht rein, deswegen haben sie Selbstversorgungssysteme gebildet. Das nennen wir berufsständische Versorgungswerke. Wir haben einen ganzen Bauchladen. So.

Und darunter leiden wir, weil sich nämlich die Strukturen der Beschäftigung verändern und die Systeme kommen nicht mit. Ja, aber das kann man ganz schlecht ändern. Nämlich wir leben ja in einer verrechtlichten Welt. Und ein Sozialingenieur versucht natürlich immer auf der grünen Wiese zu sein und ein tolles System zu zeichnen. Aber da muss man sich gelegentlich den Mühen der Ebene unterziehen. Ich kann nicht das System wechseln, ich kann nicht die Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland einziehen. Da habe ich erstens mal verfassungsrechtliche Probleme und zweitens müsste ich 60 Jahre zwei Systeme parallel finanzieren. Nice to have, ja. Und genau dieses Problem der Passage ist ja allen Fundamentalreformern nie geglückt. Biedenkopf Grundrente. Man schafft es nie auszurechnen. Die erworbenen Ansprüche in den einzelnen Systemen kann ich ja

nicht streichen. Das heißt, ich habe immer 40 bis 50 Jahre Übergangsphase, wenn ich ein perfektes System baue. Und genau daran scheitert man und deswegen muss man sich da irgendwie so durchwursteln. Das ist die Realität.

Und in Österreich sind Sie noch – was das angeht, was die Universalität des Systems angeht – ziemlich gut aufgestellt gegenüber Deutschland.

N.N.: Erst eine historische Bemerkung, dann (unverständlich) Frage. Es ist ja schon sehr oft Bismarck gefallen. Wir haben hier den (unverständlich) Ministerpräsidenten von 1879 bis 1893. In diesen 14 Jahren ist die österreichische Sozialversicherung aufgebaut worden. (unverständlich)

Bert Rürup: Nein, Sie hatten kein Industriearbeiterproletariat, das Sie (unverständlich) mussten.

N.N.: (unverständlich) die so genannte Hackerregelung, wissen wir alle (unverständlich) Die ist unfähig, das zu beseitigen. Ist es wirklich (unverständlich) unzumutbar, den Wählern zu sagen, dass hier gewisse Änderungen im Pensionssystem Vorteile in anderen Bereichen der Gesellschaft erbringen könnten? Herr Dr. Androsch – ist so eine Rechnung für den Wähler unzumutbar? (unverständlich)

Hannes Androsch: Dort liegt der Punkt. Es ist nicht notwendig. Es ist ein Irrglaube, dass man sich so verhalten muss, indem man nichts macht. Ich erinnere daran, dass wir – gezwungen durch eine Verschlechterung der Leistungsbilanz, um sicherzustellen, dass wir die Anbindung an die DMark aufrechterhalten können – im Herbst 1977 ein Maßnahmenpaket beschlossen haben, das alles andere als den Charakter von populistisch gehabt hat, ganz im Gegenteil. Und 1979 haben wir die größte absolute Mehrheit in unserer Zeit damals eingefahren. Man kann den Menschen viel mehr erklären und – unter Anführungszeichen – zumuten, als man sich in der Regel traut. Wenn das Nichttrauen Erfolg hätte, wäre es noch immer falsch, aber es hat ja außerdem keinen Erfolg. Die Wahlbeteiligung geht zurück und die größeren Parteien – von Großparteien kann man eh nicht mehr sprechen – gehen hinunter. Schauen Sie sich auch noch die Mitgliedszahlen an. Also was weiß ich, meine Partei hatte in den 70er-Jahren 720.000 Mitglieder und jetzt haben wir zahlende 150.000. Und bei der Kirche ist es genauso. Also der Misserfolg würde ja anregen nachzudenken, ob man nicht vielleicht etwas anders machen kann. Ich denke da nur an die Splitterparteien von Kasperln – ob in Italien oder bei uns. Also das ist ja dann schon überhaupt keine Lösung.

Bernd Marin: Vielleicht könnte man dazusagen, das kann man sich natürlich nur leisten, wenn man die Popularität hat wie Dr. Androsch. Selbst am Tiefpunkt seiner Popularität war sie höher als die der Besten heute. So gesehen kann man natürlich, wenn man Vertrauenskapital einzusetzen hat, mutig sein. Aber wenn man kein

Vertrauenkapital einzusetzen hat – das macht den Unterschied von einem Staatsmann zu einem Kasperl –

Hannes Androsch: Das muss ja von wo kommen.

Bernd Marin: Aber das ist der Kern.

Helmut Denk: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe die sehr unangenehme Aufgabe, diese sehr interessante Diskussion jetzt abzubrechen. Ich möchte den Teilnehmern hier am Podium sehr herzlich danken, ich möchte Ihnen sehr, sehr herzlich für Ihr Kommen danken. Ich freue mich über diese Veranstaltung deswegen, weil es eine Aufgabe auch der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist, die alte barocke Pracht von 1755 mit einer Diskussion zu füllen, über Probleme zu diskutieren des 21. Jahrhunderts und der Zukunft. Und vielleicht sollte ich noch pro domo sagen: Ich glaube, dass wir auch hier in der Vergangenheit gezeigt haben, dass wir nicht in Würde erstarrt sind, wie das von unserer Schwesternakademie, der Bayrischen Akademie der Wissenschaften in München, behauptet wird, die jenen Reformprozess – wo wir doch relativ weit fortgeschritten sind – noch nicht einmal begonnen hat. Nochmals vielen herzlichen Dank.

Wohlstand und Wohlfahrt ohne ausreichende Erwerbsarbeit? – Einige Stichworte zu Bernd Marin *Welfare in an Idle Society*

Das Buch adressiert die theoretisch wie praktisch-politische Kernfrage, wie man moderne Wohlfahrtsgesellschaften nachhaltig macht, indem man soziale Sicherheit in eine dauerhafte Humaninstitution und selbsttragende, nachhaltige zivilisatorische Errungenschaft weiter entwickelt.

Wohlfahrtsgesellschaft ist eine große historische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts und keineswegs per se überholt, aber – angesichts unübersehbarer selbstzerstörerischer Tendenzen – dringend überholungsbedürftig.

Ihre Modernisierung erfordert eine Neudefinition der Philosophie, Schlüsselkonzepte, Finanzierungsbasis, Organisationsprinzipien, Sozialpolitiken und Programme. Re-Design sozialer Sicherheit bedeutet nichts weniger als eine zeitgemäße Neuerfindung von Ruhestand, Arbeit, Wohlstand, Gesundheit und Wohlfahrt.

Das wird am Beispiel Österreichs im europäischen Vergleich erläutert, nämlich wie das Land mit den globalen Alterungsfragen im 21. Jahrhundert zurechtzukommen sucht.

Dabei geht es nicht um Ungleichgewichte zwischen „jung und alt“, sondern zwischen aktiv und inaktiv, Arbeit und Nicht-Arbeit, zwischen produktiv berufstätigen und beitragenden „Erwerbsklassen“ und abhängigen „Versorgungsklassen“ (Karl

Renner). Das Kernproblem Europas sind die 127 Millionen out-of-work im besten Erwerbsalter: reden. 100 Millionen Erwerbslose oder Inaktive zusätzlich zu den zuletzt fast 27 Millionen Arbeitslosen.

Kontinentaleuropa kann sich strategisch nach Nord-West-Europa oder nach Südost-Europa und dem Mittelmeerraum orientieren: anglo-sächsischer Liberalismus und nordische sozialdemokratische Hegemonie in Skandinavien haben miteinander (und mit der Schweiz, Holland) mehr gemeinsam als mit dem Rest Europas, man könnte von „anglo-skandinavischen Arbeitsgesellschaften“ sprechen. 70 Jahre nach Beveridge und 140 Jahre nach Bismarck muss soziale Sicherheit neu erfunden werden – so grundsätzlich und radikal wie einst von Beveridge selbst.

Mit Ex-EU-Kommissar Verheugen meinen viele Sozialwissenschaftler, dass es derzeit „kein europäisches Sozialmodell in Europa“ gäbe. Seit 1973 sind die drei großen Wohlfahrtsversprechen – Vollbeschäftigung, produktivitätsorientierte Einkommenszuwächse und sichere Pensionen bzw. soziale Sicherheit und Humandienstleistungen für Bildung, Gesundheit, Pflege und Soziales – trotz höchster und teilweise weiter steigender Sozialausgaben ständig gebrochen bzw. schrittweise widerrufen worden.

Derzeit haben wird das Paradox einer neuen „misère du monde“ (Bourdieu) – auf den höchsten Stufen je erreichten sozialen und zivilisatorischen Fortschritts – und messbar sinkende Lebenszufriedenheit selbst bei steigendem Wohlstand und Wohlfahrt. Ist daher das EU-„europäische Sozialmodell“ nur eine rhetorische Fiktion wie etwa der Wachstums- und Beschäftigungspakt, der Europäische Wirtschaftsraum – oder dysfunktional wie die Euro-Zone? Ganz offensichtlich stimmen Worte, Taten und Resultate des „europäischen Sozialmodells“ nicht zusammen.

Sozialstaatsdefekte wie Inaktivität und Abhängigkeit einer Mehrheit von Versorgungsempfängern gemahnen mitunter an selbstnegatorische Eigendynamiken (wie KIKS, kopfschmerzmedikamenteninduzierte Kopfschmerzen), wo bei „Arbeit lohnt nicht“ Markt- und Staatsversagen ineinander greifen und einander wechselseitig verstärken. Das lässt sich an der bestürzenden und die längste Nachkriegszeit für „unmöglich“ gedachten Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit insbesondere der jüngeren Generationen ebenso zeigen wie an massenhafter Invalidität und Berufsunfähigkeit der mittleren und „älteren“ Jahrgänge im Erwerbsalter.

Bereits am Beispiel der sog. Stockholm-, Lissabon- und Barcelona-Ziele der EU lassen sich die „low future“-Aspirationen, die inzwischen in Südeuropa in katastrophische „no future“-Resignation für die jüngeren Generationen gekippt sind, ablesen. Hat das „europäische Sozialmodell“ vergleichbare Konstruktionsfehler wie die Euro-Zone? Gibt es dieses „europäische Sozialmodell“ nur für 3–10 % der Europäer (Schweden, Finnen, Dänen, Norweger, Isländer, Holländer, Luxemburger, Schweizer, Österreicher und evtl. Deutsche?) Bereits in der EU-27 gibt es derzeit fast unüberbrückbare wirtschaftliche Heterogenität, sozio-kulturelle Diversität und

unterschiedliche gesellschaftspolitische Visionen, das UN-„Europa der 56“ Länder wächst noch weniger zusammen, sondern droht weiter auseinander zu driften.

Marin analysiert welfare-mixes als politische Gesamtkunstwerke und europäische Governance durch „soft law“ wie die OMK-Praxis. Dabei ist der West/West-Glaubenskrieg zwischen Anhängern des traditionellen „Sozialstaats“ und „freier Märkte“ ebenso überholt wie der Ost/West-Gegensatz zu Zeiten des „Ostblock“-Kommunismus: im Kontrast zu den vorgestrigen ideologischen Gegensätzen entwickeln sich seit Mitte der 1990er Jahre neue Konvergenzen und ein neuer Konsens.

Jenseits von Sozialstaats-Paternalismus und Laissez-faire Darwinismus entsteht ein neues Konzept von „welfare mix“ und „Wohlfahrtsgesellschaft“. Ein 5-Sektor-Modell der Wohlfahrts-Produktion und 12 Grundsätze einer neuen Wohlfahrts-Philosophie in einer Human-Investitions-Perspektive werden entworfen, wobei Sozialpolitik in einer sozialen Marktwirtschaft sowohl mit dem Markt wie auch mitunter gegen den Markt entwickelt wird. Mit einem sozialverträglichen Sozialumbau entstehen neuen Konfliktlinien wie auch neue Konsens- und Kompromisspotenziale.

Das Buch zeigt auch, weshalb sich unsere Gesellschaften verjüngen und nicht altern, an Hand der Schlüsselbegriffe „Altersinflation“ und „Lebenserwartungsklauseln“ („Lifetime Indexing“). „Jung“ und „alt“ sind weder unabhängig von Raum und Zeit, noch von Konzepten und objektiven Messmethoden des Alters, noch von subjektiven Wahrnehmungen. In der Öffentlichkeit herrscht große Verwirrung über grundlegende Begriffe wie individuelle und kollektive Alterung, Verjüngung, Langlebigkeit, (gesunde) Lebenserwartung in unterschiedlichen Lebensaltern, über die Unterschiede von chronologischem, prospektivem, soziokulturellem, psychologischem, kognitivem, biometrischem Alter usw.

In den letzten Jahren wurden in der Demografie bahnbrechend neue, dynamische Altersdefinitionen und -maße entwickelt, die veränderte Gesundheit, Sterblichkeit, Überlebenswahrscheinlichkeiten, kognitive und Arbeitsfähigkeit sowie Lebenslaufmuster berücksichtigen. Damit erweisen sich ausschließlich herkömmliche, chronologische, statische Altersmaße und darauf aufbauende Kennzahlen (wie etwa „Alterslastquotienten“) als gefährlich irreführend. Wer die „Altersinflation“, den Unterschied von nominalem und realem Alter als Stadium im Lebenszyklus durch Lifetime Indexing nicht berücksichtigt, versteht „(aktives) Altern“ nicht. Es wird gezeigt, wo und wie „40 das neue 30“, „73 das neue 65“ ist, was Wiedergeburt mit 38 oder 50 oder 82 bedeutet – und dass sich unsere Gesellschaften – etwa Wien – tatsächlich „verjüngen“ statt zu „altern“.

Neben sozialwissenschaftlicher Theorie und vergleichender empirischer Analyse zum Europäischen Sozialmodell und den Erfolgsvoraussetzungen nachhaltiger Wohlfahrtsgesellschaften entwickelt Marin auch eine Vielzahl daraus resultierender praktisch-politischer Empfehlungen, wie etwa eine mögliche Altersrisikotarifierung der

SV-Beiträge, Lebenserwartungsklauseln gegen Altersinflation (eine Präzisierung des widersprüchlichen „Nachhaltigkeitsfaktors“), eine eigenständige Alterssicherung für Frauen oder für wirksame Reformen zu Berufsunfähigkeit und Invaliditätspensionen.